

Verflechtung, Behörden und Industrie

Bauern- und Imkertag, Börtewitz 16.11.2010

In Deutschland gibt es eine enge Verknüpfung von staatlicher Förderung und den wirtschaftlichen Interessen der Agrogentechnik. Die BASF schaffte es sogar, die Forderung nach der EU-Zulassung ihrer gentechnisch veränderten Kartoffel „Amflora“ in den Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung schreiben zu lassen. Vom Forschungsministerium unterstützten Foren (wie der „Bioökonomierat“) werden mit hochrangigen Industrievertretern (z.B. von BASF) besetzt, die auf diese Weise offiziell in die Entwicklung von neuen Forschungsprogrammen und Hightech-Strategien eingebunden werden. Diese Programme sehen milliardenschwere Investitionen vor, die weitgehend auf die Bedürfnisse der Industrie zugeschnitten sind.

Längst nicht immer sind die Verflechtungen zwischen Industrie und Behörden transparent. Ein wichtiges Scharnier zwischen Staat und Industrie sind industrienaher Consultingfirmen, die auch auf europäischer Ebene eine wichtige Rolle spielen. Ein Beispiel dafür ist die Genius GmbH. Sie ist Mitglied im Industrieverband BIO Deutschland und im Europäischen Lobbyverband European Federation of Biotechnology (EFB). Zu ihren Kunden und Auftraggebern zählen unter anderem die Firmen Bayer, BASF, Monsanto, Syngenta, aber auch die Europäische Kommission, das Land Hessen und das deutsche Bundesministerium für Forschung (BMBF). In die Öffentlichkeit tritt Genius eher indirekt: So betreut die Agentur im Auftrag des Forschungsministeriums eine Internetseite (www.biosicherheit.de), auf der die Ergebnisse staatlicher Risikoforschung mit gentechnisch veränderten Pflanzen dargestellt werden. Ein von Genius im Internet erstellter „GMO-Kompass“ (finanziert von der Brüsseler Lobby EuropaBio und vom deutschen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz) gibt sich eine auf den ersten Blick neutrale Ausrichtung. Zudem gehört Genius auch zu den Betreibern der Homepage www.transgen.de. Agenturen wie die Genius GmbH arbeiten als Vermittler zwischen Industrie und Behörden, beeinflussen die Gestaltung von Förderprogrammen und machen die tatsächlichen Entscheidungswege für Politik und Öffentlichkeit oft weitgehend intransparent.

Welch engen Kontakt manche Mitarbeiter von Behörden zu den Agrogentechnik-Firmen pflegen, zeigt der Fall einer hochrangigen Mitarbeiterin der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA: Dr. Suzy Renckens leitete jahrelang die Arbeit des Gentechnik-Abteilung der EFSA und wechselte von dort direkt in eine ähnliche Position beim Konzern Syngenta. Im September 2010 wurde zudem bekannt gemacht, dass die Chefin des Verwaltungsrates der EFSA, Diana Banati, gleichzeitig für die einflussreiche Industrieagentur „International Life Science Institut“ (ILSI) arbeitet. Als dies öffentlich kritisiert wurde, trat Frau bei ILSI aus, behielt aber ihren Job bei der EFSA.

Die Europäische Union und die Deutsche Bundesregierung verfolgen eine weitgehend auf die Interessen der Industrie ausgerichtete Forschungsförderung. Der Bioökonomierat, die „Knowledge Based Bioeconomy (KBBE) der EU und das EU Forschungsrahmenprogramm (FP7) sind übergreifende Instrumente, um die Entwicklung im Sinne der Industrie zu steuern und die gesellschaftliche Meinungsbildung zu beeinflussen. Die unabhängige Risikoforschung und die unabhängige Kontrolle der Biotech-Industrie durch Staat und Behörden ist vielfach nur eine Schimäre, die einer Überprüfung im Detail nicht standhält. Diese Entwicklung birgt nicht nur Risiken für Mensch und Umwelt, sondern ist eine grundsätzliche Herausforderung für die demokratische Gesellschaft.